

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . KZ 18.—  
vierteljährlich . . . 45.—  
halbjährig . . . 90.—  
ganzjährig . . . 182.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung des Retourmarkens.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 4. Mai 1923.

Nr. 102.

### Auf Befehl des Vatikans.

In der vorigen Woche war die Koalition wieder einmal am Verenden, so daß die Ärzte des chronisch kranken Patienten kaum noch Hoffnung hatten, ihn am Leben zu erhalten. Diesmal war es aber kein Streit der unterschiedlichen Gesellschaft der Koalitionsführer um irgendeine Regierungsvorlage, der schon so oft den Bestand der Koalition in Frage gestellt hat, der Angriff auf ihr Leben kam vielmehr von außen her. Der Reihe nach waren so ziemlich alle in ihr vertretenen Parteien schon ein und das anderemal auf dem Sprunge, durch Verlassen der Koalition diese zu sprengen, diesmal war es die Partei der tschechischen Merkanten, welche sichtbare Symptome ihrer Koalitionsunfähigkeit an den Tag legte.

In allen Tonarten wird versichert, daß die Koalition die einzige Form sei, in der der Staat regiert werden könne, eine Behauptung, deren Schiefheit hier nicht weiter nachgewiesen sei; doch ist es sicher wahr, daß alle bisherigen Regierungen des tschechoslowakischen Staates nicht das geringste taten, um für die Regierungsbildung noch andere Kombinationsmöglichkeiten zu schaffen. Wo in der ganzen Welt gibt es noch einen Staat, dessen Regierungsmehrheit als die einzig mögliche erklärt wird, nach deren Sprengung das leere Nichts entsteht, wie nach Behauptung gerade der sogenannten staatsstreuen Parteien es bei uns entstehen müßte? Aber wie dem auch sei: wenn die Regierenden wirklich daran glauben, daß nur die allnationale Koalition die einzige Regierungsmöglichkeit bietet, so müßten sie auch die Größe ihrer Schuld empfinden, die sie auf sich geladen haben, indem sie veräußerten, die Lücke aus der beklemmenden Enge der gegenwärtigen Koalition ins Freie aufzustößen, nur weil sie mit Herabwürdigung an ihrer enghirnigen nationalistischen Politik mit Jähigkeit festhalten. Selbst die kleinste der Koalitionsparteien hält gegenwärtig das Schicksal der Regierung in der Hand! Das ist ein Zustand, der das Entstehen der Erpressungen geradezu züchtet. Dabei vermag niemand von den Verantwortlichen im Staate eine Antwort darauf zu geben, was sein würde, wenn wirklich eine der Parteien sich zum Verlassen der Koalition entschließen würde.

Der in den letzten Tagen entstandene und nur mühsam verkleisterte Nix in Koalitionsgebäude ist einer von den vielen, die es immer mehr in den Zustand der Vanfälligkeit versetzen. Er entstand, als der Minister Monsignore Schramel von Rom zurückkehrte, wo er, wie sich jetzt zeigt, mit dem Vatikane nicht nur wegen der Frage der Teilnahme der katholischen Priester am politischen Leben zu unterhandeln hatte, sondern auch wegen der Richtung und der Methoden der von ihm geleiteten tschechischen Merkanten Partei. Im tschechoslowakischen katholischen Klerus stehen einander zwei Richtungen schroff gegenüber, die bisher auch in eigenen, einander scharf bekämpfenden Zeitungen ihren Ausdruck fanden. Die eine Richtung vertritt Herr Schramel, der die tschechische Merkanten Partei durch eine gewisse Art von Volkspolitik zu einer politischen Massenpartei zu machen suchte. Die Blätter der anderen Regierungsparteien rühmen ihm ein gewisses Maß von Loyalität in den Bestrebungen zur Erhaltung der Koalition nach, die bestrebt sein müsse, alle strittigen Fragen durch Kompromisse zu regeln. Kompromisse natürlich, bei denen Herr Schramel niemals veräußerte, sein politisches Gewissen zu machen, Er war es, der den früheren Unterrichtsminister Schrobár über die Klänge springen ließ, der Haupterfolg, den er errang, besteht aber darin, daß es ihm gelang, alle religiösen Reformen, wie die Frage der Trennung der Kirche vom Staate, seit dem Umsturz bis heute zu verschleppen. Es besteht also wahrlich kein Anlaß, daß der Merkantilismus mit der Art, wie Herr Monsignore Schramel die Geschäfte Roms besorgte, unzufrieden sein dürfte. Das Ministerium tanzt nach der himmlischen Schalmel Vater Schramels, wie kaum je im klerikalen Oesterreich ein Ministerium nach der Pfeife der schwarzen Sendboten

### Die deutsche Note — unannehmbar.

#### Der französische Ministerrat lehnt ab. — Unannehmbar, aber nicht indiskutabel? — England und Amerika fühl, nur Italien optimistisch.

Berlin, 3. Mai. (Eigenbericht.) Ueber den französischen Ministerrat, der sich heute mit der deutschen Note beschäftigt, wurde ein amtliches Communiqué ausgegeben, wonach der Ministerrat einmütig der Ansicht ist, daß die Vorschläge unannehmbar seien, und zwar wegen der vielen Bedingungen, wegen des Mangels an Garantien und der Unzulänglichkeit der gebotenen Summen. Die französische Regierung werde sich mit der belgischen über die Antwort verständigen.

Dazu bemerkt der „Sozialdemokratische Parlamentarierdienst“, man dürfe vor allem nicht das Wort unannehmbar (inacceptable) mit dem Wort undiskutierbar (indiscutable) verwechseln. Es sei durchaus nicht gesagt, daß das deutsche Angebot keine Verhandlungsgrundlage bilden könne. Es sei wahrscheinlich, daß die Fassung des Communiqués auf innerpolitische Gründe zurückgehe.

Einigermassen überrascht ist man über die kühle Aufnahme des Angebotes in der englischen und französischen Links- und zentralen Presse, die es fast durchgängig als Kompromiß zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten bezeichnet. Man rügt die vielen Bedingungen Cuno's und glaubt, daß die deutsche Industrie fähig wäre, 37 bis 40 Milliarden zu garantieren. Der Anfang und der Schluß der Note werden als besonders ungeschickt bezeichnet. Deutschland hätte über das Aufgeben des passiven Widerstandes überhaupt erst in einem vorgeschrittenen Stadium der Verhandlungen diskutieren sollen.

Etwas optimistischer äußern sich die italienischen Berichterstatter der Berliner Zeitungen. In Rom trage man sich angeblich mit der Absicht, die alliierten Regierungen zu Unterhandlungen einzuladen, falls Frankreich nicht von vornherein jede Verhandlung ablehnen sollte.

### Frankreich und Belgien einmütig.

#### Verstärkung der Aktion im Ruhrgebiet.

Paris, 3. Mai. (Havas.) Nach der einmütigen Entscheidung des Ministerrates, welcher unter Vorsitz Millerands stattfand, wird erklärt, daß die Hauptgründe, welche die französische Regierung verhindern, die deutschen Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die nachstehenden sind: 1. Die Bedingungen Cuno's, insbesondere das Fortsetzen des passiven Widerstandes im besetzten Gebiete, die Forderung nach vorheriger Räumung dieser Gebiete, Aufhebung der Zollschranken, des Rechtes zu Strafmaßnahmen und zur Währungsreform. 2. Unzureichende Garantien wie von Seiten der Regierung so auch von privater Seite wie z. B. die Mitwirkung der deutschen Schwerindustrie bei Erfüllung der Reparationen. Der Betrag, welchen die Reichsregierung anbietet, ist unbedingt unzulänglich, mit Rücksicht auf den bösen Willen Deutschlands, auf 20 Milliarden reduziert werden könnte. Auch wenn der Betrag von 20 Milliarden voll gezeichnet werden würde, würden die Verbündeten höchstens 15, Frankreich höchstens 8 Milliarden erhalten, weil die Anleiheausgaben in der Höhe von etwa 5 Milliarden zur Abschreibung gelangen müßten. Infolgedessen werden Poincaré und die belgische Regierung, welche ebenfalls den Vorschlag Cuno's als unannehmbar erachtet, den Wortlaut der gemeinsamen Antwort an die deutsche Regierung einmütig prüfen, welche sie sogleich nach London und Rom mitteilen werden. Die französischen und die belgischen Minister werden hierauf den Auftrag geben, daß die Aktion im Ruhrgebiet bis zu dem Maße verstärkt wird, daß sie ein definitives Ergebnis zeitigt.

### Erhöhung der „Exploitation“ des Ruhrgebietes.

Paris, 3. Mai. (Havas.) Nach den aus offiziellen französischen und belgischen Kreisen stammenden Abendberichten betrachtet man die deutschen Angebote in ihrem Hauptteile als unannehmbar. Die englische und die italienische Meinung nimmt die in der Note enthaltenen Vorschläge ungünstig auf, indem sie sie als ungenügend und illusorisch erklärt. Die französischen Kreise erklären, Deutschland fordere eine ungeheure Herabsetzung der Schuld, indem es anstelle der früher festgesetzten 132, als Maximum 30 Milliarden Goldmark anbiete: es fordere den Abschluß eines neuen Vertrages, welcher der Reparationskommission das Recht der Abschätzung der Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches nehmen würde, es schlägt einen internationalen Ausschuss vor, in welchem sich die Alliierten in der Minderheit befinden und ihnen das Recht, zu Sanktionen und Pfändern zu greifen, entzogen wäre. Die deutsche Note habe einfach den Vertrag von Versailles und den Sieg der Alliierten auf. Die französische und die belgische Regierung werden, wie es sich gebührt, diese Note mit einer Erhöhung der Exploitation des Ruhrgebietes beantworten.

### Genosse Macdonald drängt zu Verhandlungen.

London, 3. Mai. Im Unterhause fragte Ramsay Macdonald, ob die Regierung über ihre Politik bezüglich der deutschen Note in Erwägungen eingetreten sei, ob sie ihre Ansichten über die

Frage Frankreich, Belgien und Italien mitzutellen beabsichtige, mit dem Ziele, Verhandlungen herbeizuführen und ob sie die günstige Gelegenheit ergreifen werde, auf die Schulden der Alliierten als Teil einer Regelung hinzuweisen. Baldwin erwiderte: Die Note der deutschen Regierung ist von dem deutschen Botschafter dem Staatssekretär der Neuern Lord Curzon gestern nachmittags überreicht worden und das Haus wird es zu würdigen wissen, daß ich mit Rücksicht auf die Kürze der seit der Ueberreichung verstrichenen Frist nicht in der Lage bin, irgend eine Erklärung abzugeben.

Die ersten Stimmen, die aus Paris, London und Washington als Antwort auf das deutsche Angebot vernnehmbar werden, insbesondere die einmütige Ablehnung der deutschen Vorschläge durch den französischen Ministerrat, klingen nicht eben ermutigend. Die französische Kritik knüpft an die offensichtlichen Schwächen des deutschen Vorschlages an und unterschlägt alles Positive, das die Reichsregierung bietet. Die Stillierung der Note macht dies den Gegnern zweifellos leichter, als es gerade notwendig gewesen wäre. Sie betont die Bereitschaft zur eventuellen Weiterführung des passiven Widerstandes schon einleitend, um die heimischen Nationalen nicht zu verlegen, und weist so die Prestigegefühle auf der Gegenseite, sie formuliert die Garantien, durch welche sie die deutschen Industriellen binden will, nicht scharf genug und leitet über die Friedenssicherungen mit allzu allgemeinen Worten hinweg. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Entente bestimmte und diskutabile Vorschläge gemacht worden sind und daß diese die volle Möglichkeit hätte, in Verhandlungen die Lücken auszufüllen und Herrn Cuno von der Rückföhrnahme auf Selbstried und Konjunkten durch sachliches Entgegenkommen zu befreien. Denn das Geschrei der Konservativen und Nationalen, das einem aus dem deutschen Blätterwalde seit Mittwoch genau so häßlich wie von der Seine her entgegenklingt, verliere alle Bedeutung, sobald sich der teutonische Chauvinismus nicht auf die dauernde Brüskierung durch Frankreich berufen könnte.

Den schwankenden Willen der bürgerlichen Staatenlenker in der Richtung der Friedensbereitschaft zu versteifen, ist jetzt erst recht die Aufgabe der beteiligten und der neutralen sozialistischen Parteien. So hat die deutsche Sozialdemokratie den richtigen Weg betreten, wenn sie, indes wir Neutralen uns ehrlich des positiven Fortschrittes freuen dürfen, den deutschen Entwurf freimütig kritisiert, wenn sie die nationalistischen Hemmungen bei seiner Entstehung hervorhebt und Abstellung aller Mängel verlangt. Und umgekehrt werden die Genossen in Belgien, Frankreich und England nicht müde werden dürfen, das Brauchbare des deutschen Vorschlages hervorzuheben, bis auch die weniger radikalen Mitglieder der Entente aus ihrer augenblicklichen Reserve hervortreten.

des Vatikans tanzte. Die tschechisch-sozialdemokratische „Nova Doba“ drückt dies in folgender Feststellung, die einem Selbstbekenntnis über die Einflußlosigkeit der tschechischen sozialistischen Minister im Kabinett gleichkommt, wie folgt aus: „Nein, den Merkanten wird in keinem Ministerium nahegetreten; überall wird beachtet, daß sie in der Regierungskoalition sind und danach wird ihnen gemessen. Berechnigt wäre aber die Frage, ob ähnlich allen lokalisierten Parteien dort gemessen wird, wo Merkanten Minister regieren“. Nebenbei: Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Das Bekenntnis ist sicher aufrichtig und die Merkanten haben alle Ursache, sich in dieser Regierung wohl zu fühlen wie die Made im Speck.

Dennoch sind die hochmögenden Bischöfe — und das ist die zweite Richtung im tschechoslowakischen Merkantilismus — mit Herrn Schramel unzufrieden. Seine Neigung zu

einer „vollständigen“ Politik, welche die Anhänger nicht bloß auf die Freuden im Jenseits verweist, sondern die, wenigstens durch Versprechungen, auf ihre materiellen Sorgen und Nöte im Diesseits einigermaßen Bedacht nimmt, ist den Herren Oberhirten in tiefer Seele verhaßt und ihre oligarchischen Gefühle empören sich über Schramels Schlauheit, mit den sozialen Strömungen Kompromisse zu schließen, die sie für Schwäche und Nachgiebigkeit ansehen, welche die Massen, die nach ihrer heiligen Ueberzeugung nur zum Gehorchen und Entbehren da sind, nur noch „gefährlicher“ machen müssen. Vor allem aber ist das Episkopat unter des Herrn Kordas, Erzbischofs von Prag, Führung in Gegnerschaft zu Schramels Absicht, den Streit um die Trennung von Kirche und Staat durch ein Kompromiß beizulegen. Kordas steht in dieser Frage auf einem unbedingt ablehnenden

Standpunkte, während der geheime Schramel sich sagt: Wird die Trennung der Kirche vom Staate durchgeführt, dann müssen die Merkanten dabei die Führung haben, denn sonst könnte sie der Kirche Schaden bringen, während, wenn die Merkanten dabei Pate stehen, der Trennung alle Gefährlichkeit genommen wird. Nichts da, sagt der im Vertrauen auf die Macht des Merkantilismus kompromißlose Erzbischof, und er rechnet bei seiner schroffen Ablehnung, in der Trennungsfrage das geringste Zugeständnis zu machen, daß aus den kommenden Wahlen die Merkanten Partei in einer Stärke hervorgehen werde, die es überflüssig machen wird, der Forderung nach der Trennung Zugeständnisse zu machen.

Dieser zwischen den Bischöfen und dem Minister Schramel tobende Streit war es, der den tschechoslowakischen Episkopat nach Osterreich zum Papst reisen ließ, vor den auch Herr

Monsignore Schramel geladen war, um sich als Angeklagter zu verantworten. Die Entscheidung des Vatikan wird natürlich geheim gehalten, denn was die Gesalbten des Herrn beschließen, hat die profane Menge nicht zu erfahren. Aber die Geschehnisse nach der Rückkehr des tschechisch-merikanalen Führers aus Rom zeigen deutlich genug, wer dort den Sieg davontrug. Wer die Geschichte der römisch-katholischen Kirche kennt, dem konnte auch schon vorher nicht zweifelhaft sein, welchen Ausgang der Kampf nehmen würde. Auf der einen Seite das gewichtige Korps der Bischöfe, das unabänderliche Dogma verkörpernd, auf der anderen Seite der kleine Minister Schramel, der sich annahm, politische Gründe wegen, in das Gebäude der Kirche eine, wenn auch noch so unbedeutende Lücke brechen zu wollen! Da war jeder Zweifel ausgeschlossen, auf welche Seite sich der Papst stellen würde!

Rom hat gesprochen und Herr Schramel hat sich löblich unterworfen! Raum war er zurückgelehrt, vollzog sein Organ, die „Lidove Listy“ die Ausöhnung mit dem „Cech“, dem Blatte des Erzbischof Kordač. Und gleichzeitig eröffneten beide Blätter eine heftige Kanonade gegen die Koalition, die den sichtbaren Zweck verfolgte, den Freisinnigen unter den Koalitionsparteien zu bedeuten, von der Hoffnung auf die Durchführung aller kirchlichen Reformen abzusehen, wenn weiter noch des Bleibens der Merkmalen in der Koalition sein soll. Und die Parteien, die doch noch gerne eine Zeitlang sich an den Strohhalm der Koalition klammern wollen, damit sie die Sturmflut der Wahlen nicht verschlinge, werden, um diese Gnadenfrist

zu gewinnen, gerne ihre freisinnigen Absichten dahinschleudern. So ist der Wille des Vatikan für die Koalition zum bestimmenden Faktor geworden. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Staates mag die Einlösung des Versprechens auf die Trennung der Kirche vom Staate fordern so viel sie will, es geschieht doch nur, was Rom erlaubt. Und Rom duldet nicht die Trennung, nicht einmal in der verwässerten Form, die ihr Herr Schramel zu geben suchte, ergo unterbleibt sie auch. Vor einiger Zeit hielt Herr Schramel auf dem Parteitage seiner Partei eine Rede, in der er der Koalition nachrühmte, daß in ihr keine der verbündeten Parteien vergewaltigt werde, sondern daß dort alles im Wege der friedlichen Vereinbarheit bereinigt werde. Seine Drohungen jeht illustrieren diese Rede!

Die Koalition sieht jetzt so aus: das Maß des ihr erlaubten Freisinn wird ihr vom Vatikan zugemessen. Rom verbietet jedwede kirchenpolitische Reform, und die Barrierestöße der Koalition müssen parieren, sonst ist es um sie geschehen. Das Maß ihrer nationalen Einsicht hinwiederum bestimmt Herr Dr. Kramarš, der ihr damit jede Tätigkeit, die politische Konsolidierung des Staates herbeizuführen, unterlagt. So herrlich weit hat es die allnationale Koalitionspolitik gebracht, daß auf der einen Seite der Herr Dr. Kramarš ihr gebietet, während auf der anderen Seite ihr Rom kommandiert. Und die tschechischen Sozialdemokraten in der Koalition? Mit Blindheit geschlagen, gehen sie weiter dem Verderben zu!

## Aus dem Abgeordnetenhaus.

### Zur parlamentarischen Lage.

Am gestrigen Tage verhandelte der Zehnerausschuß der Koalition über den Mittwochbeschluß des politischen Finanzausschusses, der „Pěška“, der eine ziemlich beträchtliche Verringerung des Frühjahrsprogramms der Session beschloß. Diese Verringerung wurde auch vom Zehnerausschuß genehmigt. Strittig ist noch die Frage der Novellierung des Gesetzes über die Vermögensabgabe und die Vermögenswachsteuer, sowie die Novelle zum Gemeindefinanzgesetz, doch dürfte in den nächsten Tagen auch hier eine „Einigung“ unter den Koalitionsparteien erzielt werden. Die Koalitionsausschüsse arbeiten wieder einmal im Schnellzugtempo. Gestern beriet die Finanzkommission, die sozialpolitische Kommission, die karpathorussische Delegation und auch die sogenannte Vaupěška, die sich mit dem Antrage der tschechischen sozialistischen Senatoren über die Vaupěška beschäftigte. Es verlautet bereits mit Bestimmtheit, daß das Budgetgesetz nicht mehr in der Frühjahrsession zur Verhandlung kommt. In den Verhandlungen des Plenums dürfte Mitte Mai eine Pause eintreten, da der Hamburger Kongreß zusammentritt und dann, weil auch in den Räumen des Abgeordnetenhauses die interparlamentarische Handelskonferenz stattfinden dürfte. Um diese Zeit wird aber der Senat tagen. Das Abgeordnetenhaus wird anfangs Juni zu einer ganz kurzen Tagung zusammenkommen. Es dürfte da an Nachsitzungen wohl nicht fehlen.

Im allernächsten Programm des Hauses befindet sich das Gesetz zum Schutze der Einleger, welches, wie wir bereits berichtet haben, als wichtigstes Novum die Errichtung von Revisionskörperchaften bringt. Die von den gestrigen Tagesberatungen gebrachte Nachricht, daß nächste Woche vier Sitzungen stattfinden, beruht auf einem Irrtum. Wie wir hören, plant das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Abhaltung von Sitzungen bloß am Dienstag und Mittwoch.

### Eine kurze Sitzung.

206. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten nachmittags. Abg. Valašek, Häusler in Kostel, der für den Dr. Kubicek ins Abgeordnetenhaus berufen wurde, hat sich bereits in der Sitzung eingefunden und leistet den Eid.

Abg. Marek berichtet sodann über den Regierungsantrag betreffend die Einlösung der Lokalbahn Pošcherad—Wurmes. Der Berichterstatter hält dafür, daß alle Parteien des Abgeordnetenhauses mit dem Vorgang der Staatsverwaltung einverstanden sein werden, weil die Staatsverwaltung an die Verantwortung einer Strecke schreite, deren Ertragsfähigkeit für die Zukunft dadurch gesichert ist, daß diese Bahn vor allem zur Abtransportierung der Kohle von den an der Bahnstrecke gelegenen Gruben dient.

Der Berichterstatter des Budgetausschusses Abg. Buřival führt an, daß der Grund zur Einlösung dieser Lokalbahn ihre wirtschaftliche Bedeutung bildet, da sie in einem reichen Braunkohlegebiet gelegen ist.

Die Vorlage wird debattelos angenommen und das Haus schreitet zur Verhandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung, d. h. dem Handelsvertrag der tschechoslowakischen Republik mit Holland, im Haag abgeschlossen am 20. Jänner 1923. Die Berichterstatter des Außenausschusses Abg. Dr. Čni-

del, des Gewerbausschusses Abg. Kotalick und des Budgetausschusses Abg. Pradač empfehlen die Annahme der Vorlage, was auch geschieht.

Nachdem noch die Abführung der Debatte über die Dringlichkeitsinterpellation betreffend den Fall Müller, von der Koalition abgelehnt wird, schließt Vizepräsident Šruba die Sitzung.

Die nächste Sitzung findet heute Freitag, den 4. Mai, um 1 Uhr nachmittags, statt. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die Affianierungsvorlage Groß-Prags und das Gesetz über die Versorgungsgegenstände des tschechoslowakischen Heeres.

### Der Fall Müller.

Im Einlaufe der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses befand sich auch die Antwort der Regierung auf die Interpellation, betreffend die Vernehmung des Beamten Franz Müller der Tabakfabrik in Goding. In der Antwort wird erklärt, daß die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß es nicht Sache der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften ist, in die Verwaltung des Staates oder seiner Betriebe mit Gesuchen über die Vernehmung der Angestellten einzugreifen. Im Fall Müller hat die Regierung die Untersuchung über alle Umstände eingeleitet, welche zur Herausgabe des Vernehmungsdiktates führten. Der Finanzminister hat angeordnet, daß mit der Durchführung der Vernehmung vorläufig abgewartet werde. Die endgültige Entscheidung wird nach beendeter Untersuchung folgen.

### Der Sprachenunterricht.

Zur Verhandlung der gestrigen Sitzung des Kulturausschusses stand der Regierungsantrag des Unterrichts in der Staatsprache, bzw. des Unterrichts in der Sprache der Minderheiten an Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten.

Den Bericht erstattete Abg. Uhlík, welcher nach einem geschichtlichen Rückblick die Notwendigkeit des Gesetzes hervorhob und den vorgelegten Entwurf zur Annahme empfahl. Nach dem Abg. Prof. Dr. Spina, welcher die Verhältnisse im alten Oesterreich beiprachte und den Entwurf kritisierte, sowie nach dem Abg. Warmbrunn, welcher verlangte, daß der Sprachenunterricht von Lehrern derselben Nationalität gelehrt werden soll, erklärte Abg. Gen. Šillebrand, der Entwurf sei in seinem ersten Punkte durchaus annehmbar, die Regelung des Unterrichts in der Sprache ist praktisch und notwendig. Die Schwierigkeiten des Unterrichts im tschechischen werden überwunden werden; seien doch jene des Latein- und Griechischunterrichtes ebenso überwunden worden. Die Härten des Gesetzes lassen sich glätten, wenn die Regierung bei der Durchführung die Vertreter der Minderheiten hört. Redner verlangt die Einführung des tschechischen Unterrichtes auch auf den Oberstufen der Volksschule und in den Bürger-schulen. Zu verlangen ist aber unbedingt, daß Halbheiten vermieden werden; deshalb stelle er den Antrag, daß an den Mittelschulen auch der Unterricht in der Sprache der Minderheiten eingeführt wird, wenn dieselbe 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Einführung des Sprachenunterrichtes könne ein Mittel zur Verständigung der Völker dieses Staates werden. Nachdem noch die Abg. Šcholích und Spina gesprochen, erfolgt die Annahme der Vorlage in unveränderter Fassung unter Ablehnung der gestellten Änderungsanträge.

### Die Methoden des Präsidiums des Budgetausschusses.

Vor Eingang in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses sprach Abg. Genosse Taub zur Geschäftsordnung und legte gegen die Art der Verhandlungen in der letzten Sitzung Verwahrung ein. Obgleich sofort Einspruch dagegen erhoben wurde, daß der Minister Beška nicht entsprechend geantwortet hat und dem Verlangen des Ausschusses, daß der frühere Minister Novak in der Sitzung erscheinen sollte, nicht Rechnung getragen wurde, hat es der Vorsitzende abgelehnt, unserm Verlangen nach Eröffnung der Debatte über die Erklärung des Ministers Rechnung zu tragen. Nach der Geschäftsordnung ist im Ausschusse ein Beschluß zu fassen, ob über eine Erklärung des Ministers im Ausschusse selbst eine Debatte abgeführt werden soll. Diese Beschlußfassung hat der Vorsitzende unterlassen und dagegen müssen wir Verwahrung einlegen.

Der Vorsitzende Abg. Pradač sucht sein Vorgehen in der letzten Sitzung zu rechtfertigen, worauf Abg. Genosse Taub erklärt, daß, wenn der Vorsitzende auf seinem Standpunkte verharret und nicht nach den klaren Bestimmungen der Geschäftsordnung vorgeht, wir gemäß § 70 der Geschäftsordnung verlangen müssen, daß im Plenum des Hauses entschieden wird, ob der Vorgang des Präsidiums des Budgetausschusses gebilligt wird oder nicht. Das Versehen des Vorsitzenden kann gut gemacht werden, wenn der Vorsitzende heute erklärt, daß in der nächsten Sitzung des Budgetausschusses die Debatte über die Antwort des Ministers abgeführt wird. Abg. Genosse Taub stellt einen diesbezüglichen Antrag. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die beiden zur Verhandlung stehenden Regierungsvorlagen werden ohne jede Aenderung nach den Referaten der Berichterstatter Pradač und Dr. Rofel genehmigt.

### Der Verlagsvertrag.

In der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses vom 3. Mai wurde die Beratung über den Senatsbeschluß, betreffend den Verlagsvertrag, zu Ende geführt. Abg. Genosse Dr. Haas beantragte zu mehreren Paragraphen Änderungen und Zusätze, durch welche die Autoren vor Uebergreifen und vor Ausbeutungen durch die Verleger geschützt werden sollen. Obwohl auch die Herren von der Majorität sich der Stichhaltigkeit der Ausführungen des Abg. Genossen Dr. Haas nicht verschließen konnten, wurden die Anträge insgesamt mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß es formelle Schwierigkeiten machen würde, die ganze Angelegenheit neuerlich an den Senat zurückzuleiten.

### Immunitätsangelegenheiten.

Der Immunitätsausschuß verhandelte in seiner gestrigen Sitzung folgende Immunitätsfälle: Auslieferungsbeghehen gegen den Abgeordneten Warmbrunn wegen Verleumdung der Regierung und des Parlaments, Auslieferungsbeghehen gegen den Abg. Světlík wegen Ehrenbeleidigung, begangen an Abg. Benda, drei Auslieferungsbeghehen gegen den Abg. Tauffig, und zwar wegen Nichtankommen einer Versammlung, wegen Aufregung zum Klassenhaß und wegen Aufwiegung. Die Auslieferung des Abg. Warmbrunn, sowie die des Abg. Tauffig wurde verworfen. Die Verhandlung über die übrigen Angelegenheiten wurde vertagt.

### Die Beamtenordnung bei der Tabakregie.

Im Einlaufe der gestrigen Sitzung befindet sich ferner die Antwort des Finanzministers auf die Interpellation der Abgeordneten Grünzner, Blatný, Häusler und Genossen betreffend die Umzeichnung der Beamten der Tabakregie aus den Gruppen C und D in die Gruppen B und E der Staatsbeamten.

Die Einzeichnung der Beamten der Tabakfabriken in die Gruppe C, sowie der Beamten der Tabakverschleißämter in die Gruppe E (und nicht wie in der Interpellation irrtümlich angegeben ist in der Gruppe D) stützt sich auf die Bestimmung des § 52 der Dienstpragmatik, welche für die Erreichung eines Amtes in die Gruppe C die Absolvierung einer Mittelschulanstalt, und für die Erreichung eines Amtes in der Gruppe E eine höhere Vorbildung verlangt, als sie die Volksschule bietet.

Für die Erreichung eines Amtes in einem Dienstzweige der Gruppe B ist die Absolvierung einer Mittelschule und eines Hochschulurses, sowie die erfolgreiche Ablegung einer Staatsprüfung an einer Hochschule vorgeschrieben, welche gesetzliche Bedingung bei den Fabrikbeamten der Tabakregie nicht erfüllt ist, da für die Aufnahme in den Beamtendienst in Tabakfabriken lediglich die Absolvierung einer Mittelschule verlangt wird. Deshalb konnte auch die Regierung, als diese Angelegenheit seinerzeit Gegenstand von Verhandlungen im Staatsangelegenheitsausschusse war, zu dem befürwortenden Beschlusse dieses Ausschusses auch nicht ihre Zustimmung aussprechen. Aus dem Angeführten geht hervor, daß wir in den derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen für das Verlangen der Umzeichnung der Fabrikbeamten der Tabakregie in die Gruppe B keine Stütze haben, und deshalb kann auch nicht behauptet werden, daß die Fabrikbeamten der Tabakregie einen Entgang aus dem Grunde erleiden, weil sie bisher nicht in die Gruppe B umgerechnet worden sind, welcher Entgang ihnen durch die verlangten Remunerationen im Betrage von 1000 bis 2000 Kronen zu ersetzen wäre.“ Soweit die Antwort der Regierung.

### Strittige Staatsbürgerschaft.

Im Einlaufe der gestrigen Sitzung befindet sich die Antwort der Regierung auf die Interpellation der Abgeordneten S. Joll, R. Seeger, W. Häusler und Genossen betreffend die Staatsbürgerschaft der Bevölkerung der zwischen der Tschechoslowakei und Polen geteilten Gemeinden.

Ueber die Staatsbürgerschaft der in jenen Gemeinden im Gebiete von Teschen heimatsberechtigten Personen, die auf Grund der Entscheidung der Votischerkonferenz in Paris vom 28. Juli 1920 durch die Staatsgrenze zwischen der Tschechoslowakei und Polen geteilt worden sind, wurde ein Uebereinkommen mit Polen nicht abgeschlossen, das die Frage der Staatsbürgerschaft der erwähnten Personen auf die in der Interpellation Druck 1498 angedeutete Art und Weise lösen würde. Mit Polen wurde allerdings über die genauere zwischenstaatliche Regelung der Fragen der Staatsbürgerschaft verhandelt und es kam in dieser Richtung auch zur Unterfertigung eines Vertrages in Prag am 29. November 1920, welcher Vertrag folgende Bestimmungen über die Staatsbürgerschaft der in die durch die Grenzlinie geteilten Gemeinden zuständigen Personen:

Personen, welche das Heimatsrecht in jenen Gemeinden besitzen, deren Gebiet durch die Grenzen beider Staaten geteilt wurde, werden Staatsbürger jenes Staates, auf dessen Gebiet sie ihren ständigen Wohnort haben. Wenn diese Personen in keinen der beiden Staaten ihren Wohnort haben, so erwerben sie die Staatsbürgerschaft jenes Staates, in welchem der größere Teil des Gebietes der geteilten Gemeinde liegt.

Der Vertrag vom 29. November 1920 wurde aber bisher noch nicht ratifiziert. Nach diesem Vertragsstücke sind die in der Interpellation geschilderten Befürchtungen auch in jenem Falle vollständig unbegründet, wenn es zu einer Ratifizierung dieses Vertrages kommt. Nach der bisher geltenden Rechtsordnung, auf welche man sich bei dem heutigen Stande der Angelegenheit allein berufen kann, können von den in der Interpellation erwähnten Personen als Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik nur jene Personen angesehen werden, welche am Tage der Entscheidung der Votischerkonferenz in Paris, nämlich am 28. Juli 1920, ihren ordentlichen Wohnsitz in jenem Gemeindeteile gehabt haben, in diesem Teile wenigstens zuletzt, bevor sie aus der Gemeinde verzogen sind, gewohnt haben, oder jene Personen, welche, sofern diese Voraussetzungen nicht vorliegen, rechtzeitig auf Grund der erwähnten Entscheidungen der Votischerkonferenz für die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft optiert haben.

Eine Befreiung, daß ohne Unterschied alle in der Tschechoslowakischen Republik wohnhaften und am 28. Juli 1920 in eine durch die Staatsgrenzen geteilte Gemeinde im Gebiete von Teschen zuständigen Personen als Staatsbürger unseres Staates anerkannt werden, würde der geltenden Rechtsordnung, insbesondere der angeführten Entscheidung der Votischerkonferenz widersprechen, und kann daher nicht erlassen werden.

## Inland.

Gegen die Massenverletzungen von Eisenbahnern in Ostschlesien. Gestern sprach eine Deputation von Eisenbahnbediensteten Ostschlesiens unter Führung der Abgeordneten Grünzner und Brodecky beim Eisenbahnminister Strišbrny vor und schilderten ihm die traurige Lage, in die die Eisenbahnbediensteten geraten sowie die Aufregungen, die diese Massenverletzungen in den Bevölkerungskreisen in Ostschlesien hervorgerufen haben. Diese Verletzungen geschehen in der Hauptsache aus politischen Gründen und wegen Zugehörigkeit zu den oppositionellen Organisationen. Der Eisenbahnminister Strišbrny nahm diese Informationen entgegen und erklärte, die ganze Sache untersuchen zu lassen, zu welchem Zwecke er die beiden Abgeordneten Genossen Grünzner und Brodecky samt der ostschlesischen Deputation morgen, den 4. ds., zu sich ins Eisenbahnministerium berief. Die Verhandlungen werden also morgen, den 4. ds., im Eisenbahnministerium fortgesetzt werden.

Die grüne Internationale. Ueber diesen Titel veröffentlicht der „Pentov“ einen Leitartikel, in dem ausgeführt wird, daß insbesondere in den slawischen Staaten die Landwirte zu immer größerer Bedeutung gelangen. Es muß daher auch an den Zusammenschluß der slawischen Landwirte als Vorstufe zu einer grünen Internationale geschritten werden. Dazu ist es notwendig, daß in Jugoslawien eine Verständigung zwischen den verschiedenen politischen Parteien, soweit sie die Interessen der Landwirte vertreten, erzielt wird, in Polen muß es zu einer Verständigung zwischen der Witospartei und der radikalen Bauernpartei Wis Wolenski kommen, in Bulgarien und in der Tschechoslowakei sind die Ministerpräsidenten Vertreter der Landwirte. — Wie man sieht, arbeiten die Agrarier bei uns an einer internationalen Vereinigung der Landwirteparteien der verschiedenen Länder, um die Masseninteressen der Landwirte besser vertreten zu können. In geschickter Weise knüpfen sie an die nationale Ideologie im tschechischen Volke an, indem sie zunächst von einer Vereinigung der slawischen Landwirte reden.

Noch eine tschechische sozialistische Partei. In Prag hat sich vor einigen Tagen eine „freie Vereinigung der Anarchisten“ gebildet, die auch ein Blatt, genannt „Bezblád“ (ohne Regierung) herausgibt.

## Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.







erzählten Arbeit, die im Vereine mit der Chorleiter-  
schaft Begegnung geleistet wird.

Das Professor Begegnung ein ganz ausgezeichneter  
Chororganist ist, bewies auch die letzte Musik-  
führung der deutschen Akademie der Tonkunst, bei  
der in der Kleinfestlichen Klavierschule Eberhard  
in C-Moll für gemischten Chor und Orchester  
zur Aufführung gelangte; denn der verantwortliche  
Leiter und Bildner der hiesigen Chöre ausführenden  
Chorleiter der Akademie ist Professor Begegnung.  
Wären die Unterstimmen dieses Chorleiters im Ver-  
hältnis zu den weiblichen Oberstimmen entsprechend  
stark besetzt, könnte man von einem Masterchore  
sprechen. Eberhard blühend schönes, oft in theatra-  
lischen Effekten schwebendes Werk, dessen musikalische  
Auslegung begünstigt aus der Kapellmeisterschule  
Alexander Zemlinsky besorgten, wirkte sichtlich er-  
bauend auf die zahlreich erschienenen Zuhörerschaft.  
Ein früherer Musikabend der Akademie diente der  
Bekanntmachung mit drei neuen Kompositionstalen-  
ten aus der Schule Professor Fidelio Fines und der  
Beförderung der ersten Jünglinge aus dem neuen De-  
nominationstare Professor Robin Roberts.

Das letzte Konzert des deutschen Kammermusik-  
vereins stand nicht auf der Höhe der früheren Ver-  
anstaltungen dieser vorbildlich wirkenden Kunstver-  
einigung; schlecht beraten in der Wahl des Klavier-  
spielenden Solisten Prof. Wolfsohn (Wien), undeut-  
lich in den Gaben seiner Vortragensordnung. Die  
Reinheit des Konzertes bildete eine mehrteilige Klavier-  
komposition des Prager deutschen Lieders  
Rudolf H. Prochaska, die sich „Erlöschen“ nennt und  
zur deutlicheren Zeichnung ihrer dichterischen und  
inhaltlichen Gedanken eine Tenorsstimme und Spe-  
zialorgel verwendete. Es sei mit Anerkennung fest-  
gestellt, daß Prochaska, der in konservativem Boden  
wurzeln nachromantischer, nun auch den Versuch  
unternommen hat, moderne Klangfarben zu geben.

Unter den emblematischen Konzertveranstal-  
tungen der letzten Berichtswochen sei nur noch ein  
gebührender Kammermusikabend des Klavier-  
baumeister Quartettes, der Konzert- und Theaterabend  
der Gesangsmeisterin Gertrud Benetti und ihrer zahl-  
reichen talentierten Schülerinnen, ein prächtiger eng-  
lischer Madrigalabend unter dem Titel „The English  
Singers“ und das Festkonzert der „Leis- und Rede-  
halle der deutschen Studenten“ erwähnt, bei welcher  
letzterem zum erstenmal das neugegründete Or-  
chester der Prager deutschen Madrigal- und Quartett-  
vereinigung unter Karl Nowaks Leitung erfolgreich  
vor die Öffentlichkeit trat.

Unter den Solistenangehörigen fiel der stillvolle  
Beethoven-Wend Konrad Anforger, des Meister-  
lehrers für Klavierinstrumente an unserer deutschen Musik-  
akademie, ein Konzert des ausgezeichneten iri-  
schen-amerikanischen Tenors John Mc. Cormack und der  
inhaltreiche Wiederabend unseres vortrefflichen be-  
heimischen Baritonisten Dr. Ehm auf.

Als ein auch unter deutsches Musikleben berüh-  
rendes Ereignis im tschechischen Konzertsaale seien  
schließlich die beiden Konzerte der tschechischen Phil-  
harmonie genannt, in denen Alexander Zemlinsky  
Mahlers „Zweite“ unter außerordentlichen Beifalls-  
bezeugungen dirigierte.

Edwin J. J. J. J.

Waisenvorstellung im Deutschen Theater. Das  
Haus gefüllt bis zur Decke, eine schwungvolle Auf-  
führung, hohe Stimmung und lebhafteste Anteil-  
nahme im Publikum — so der richtige Anstoß zum  
1. Mai. Weberbeers „Jugendnot“ Oper ist nicht so  
veraltet, als manche glauben; es findet vieles dar-  
aus noch kräftigen Widerhall. Ist doch alles mit  
großen Zügen und wirksamen Farben gezeichnet,  
sei es Soziales, Religiöses, Staatspolitisches oder  
Schlichter-menschliches. Fris Kraus, der Tenor der  
Münchener Staatsoper, war der richtige Vertreter  
für den Glaubens- und Liebeshelden; allen Situa-  
tionen gewachsen, über alle Register gebietend, ent-  
sprach er besonders durch sein schönes, weiches, in  
der Höhe immer glänzend werdendes Organ und  
seine Gesangsart. Schon nach der Romanze im  
ersten Akt unterbrach lauter Beifall die Aufführung,  
und nach dem großen Duett im vierten Akt war  
man über das rasche Fallen des „Eisernen“ sichtlich  
enttäuscht; denn man hätte Kraus gerne noch ein  
dagegenmal herausgehört. Als Valentine gastierte  
Charlotte Vereck-Kimpel vom Staatstheater  
Dresden. Ihr ausdrucksfähiges, gut tragendes  
Stimmmaterial, das lebhaft angelegene Spiel,  
ihre Musikalität halfen ihr, rasche Fühlung mit dem

# Wo verkehren wir?

- Café Continental, Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, Prag-Metazanta.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus  
Prag, Smetchy 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Täglich. Hybernská Nr. 7.  
Konzert PRAG II., Nr. 7.

Café „Nizza“  
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.  
Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau.  
CAFÉ EUROPE Bahnhof-  
straße.

Publikum finden und reichen Beifall gewinnen.  
Wanda Schüring bewies in der Partie der  
Margarete von neuem ihre gesungene Kultur, die  
sie durch repräsentative Haltung und Darstellung  
wirkungsvoll unterstüzt. Von den heimischen Kräf-  
ten seien besonders Herr St. Br. als St. Br.,  
Herr Fuchs als Revers, Herr Ludw. als tem-  
peramentvoll-trugiger Marcel und Fr. Fuchs als  
Bage genannt. Die Leitung der Vorstellung lag  
in den Händen von Kapellmeister Kiengl, der  
durch kraftvolles Herausarbeiten der Höhepunkte  
und guten Fluß sich Verdienste erwarb. Das Pu-  
blikum quittierte die stimmungsvolle Aufführung  
mit lebhaftem Applaus. Dr. F. K.

Richard Wagners „Meistersinger“ als Gastspiel.  
Neues Deutsches Theater, 29. April 1923.  
Bald werden wir nicht mehr wissen, worin der herr-  
liche Stil dieser vollständigsten deutschen Oper be-  
steht. Denn ohne dieses oder jenes Gastspiel hören  
wir sie schon jahrelang nicht. Einmal fehlt uns  
Wolter Stolz, das nächstmal ist kein Sachs da,  
wieder ein andermal erkrankt das Orchester ufm. Gast-  
spiele aber sind die Todsünde des geschlossenen, ein-  
heitlichen Stiles. Diesmal hat uns sogar der ge-  
wohnte „Meistersinger“-Dirigent Zemlinsky im  
Stiche gelassen, weil er die Vorbereitungen des Gast-  
spielens in der tschechischen Philharmonie höher ein-  
schätzte als den Wagnerdienst am eigenen Theater.  
Wolff Kiengl dirigierte die Oper an seiner Statt.  
Mit einem beachtenswerten frischen Zuge, so daß  
man gern darüber hinwegsieht, wenn mitunter nicht  
alles nach Wunsch klappte und einzelne Ensemble-  
stücke durch das Treiben und Beschleunigen der Zeit-  
maße sogar in Unordnung gerieten. Der Stolz  
Kagard Desfrigs von der Wiener Staatsoper be-  
weist, daß die goldene Zeit der blühenden Felden-  
töne im Wagnerschen Sinne vorüber ist. Zwar  
vermag dieser außerordentlich intelligente und  
stimmkontrollierte Sänger, immer und überall seine  
Kräfte durchzusetzen, aber den blendenden Klang  
und die mühlose Elementargehalt der Stimme hat  
ihm die Natur verweigert; so kommt es, daß mancher  
Ton im Affekt unedel und schreiend wird. Flei-  
scher's Sachs wirkt mit jedem Male unbefriedigen-  
der; er repräsentiert den Typus des Durchschnitts-  
sängers. Wann stellt sich endlich unser eigener  
Sachs, Herr Schwarz vor? — Für das er-  
krankte Fr. Müller sang Frau Husa aus  
Graz das Orchester, und zwar mit anerkannter  
gesanglicher und stilistischer Einwirkung in diese  
heißes Gesangsrolle, was umso höher zu werten ist,  
als Frau Husas Talent mehr im Dramatischen  
wurzelt. —

Ein Redephilosoph. Der Vortrag Dr. Rudolf  
Steiners über „Menschenentwicklung und Men-  
schenverziehung“ war wie anthroposophische Ver-  
anstaltungen meist ein gesellschaftliches Ereignis für  
die gute bürgerliche Prager Gesellschaft, deren Ge-  
schmack und Heiligkeit Herrn Steiners Wesen offen-  
bar sehr anpricht. Er hat ihr aber auch nicht wenig

zu bieten: Er beruhigt sie, der nach dem Kriege  
vor ihrer Gottähnlichkeit bange geworden ist, bezüg-  
lich der Richtigkeit des Lebens und der Furcht vor  
dem Tode mit der neuartigen Methode des anthropo-  
sophischen Schauens, welches nach Steiner eine Ver-  
bindung von Mystik und naturwissenschaftlicher  
Exaktheit sein soll; er beschwichtigt ihre sozialen  
Strubeln durch das Schlagwort von der Dreiglieder-  
ung des sozialen Organismus, ja, er setzt sie auch  
in die Lage, sich auf ästhetischem Gebiet für Weg-  
bereiter einer neuen Kunst zu halten: der Eurythmie.  
Was verlangt das gutbürgerliche Prager Herz  
christlich-germanischer, tschechischer und jüdischer An-  
tun noch mehr? Kein Wunder also, daß sie auch  
vorgelesen ohne Unterschied der Rationalität und  
Konfession den Saal der Produktendörse füllten und  
der salbungsvollen Predigt des in seiner Redeweise  
und Gehaben an einen eleganten Abbe erinnernden  
Sprechers lauschten, der in mehr suggestiver als  
überzeugender Weise dardun wollte, was das antro-  
posophische Schauen für die Erziehung und Unter-  
richt bedeuten. Von Pädagogik war verhältnis-  
mäßig wenig die Rede und was vorgebracht wurde,  
war nicht ganz neu. Daß in der Entwicklung des  
Kindes und des jungen Menschen mehrere Perioden  
sich unterscheiden lassen, deren wichtigste Wende-  
punkte Jahreswechsel und Geschlechtsreife sind, die  
von der Erziehung beachtet werden müssen, ist gewiß  
keine neue Entdeckung und was Herr Dr. Steiner  
selbst auf Grund seiner eigenen pädagogischen Tätig-  
keit in Dornach zu sagen hätte, wäre ohne anthropo-  
sophische Agitation wohl genießbarer gewesen. Er  
hätte immerhin mehr anschauliche Einzelheiten aus  
seiner Schulpraxis vorbringen können, um seine  
neuartige Lehrmethode uns klar zu machen. Es  
scheint aber, daß ihm mehr daran gelegen war, eine  
anthroposophische Werbetunde zu halten, welcher der  
pädagogische Anfang als Ansporn dienste. P.

Neues Theater: Heute Freitag bis Montag den  
7. Mai inklusive Daspiel Raffay-Wirt „Madame  
Pompadour“, Sonntag halb 3 Uhr: „Im weißen  
Rößel“.

Meine Bühne. Die heutige Vorstellung entfällt,  
morgen Samstag das neue Lustspiel „Das blaue  
Kind“, Sonntag abends Angelo Canas „Der  
Werkstoff“.

## Der Film.

Robinson Crusoe, das meistgesehene und be-  
kannteste Buch der Welt, wurde bereits einmala  
verfilmt. Die Universal Film Rfg.-Co., das größte  
amerikanische Filmunternehmen, hat dieses Werk  
gleichfalls für die Leinwand bearbeitet und legt es  
nun der Öffentlichkeit vor. Das grandiose Bild  
umfaßt zwei Epochen und erlebt seine Neuaufführung  
morgen im Bio Louvre. Die Regisseure der Uni-  
versal, echte Meister der Sensation, haben in diesem  
Film Unvergleichliches geleistet. Immer neue

Spannungsmomente und eine geradezu märchen-  
hafte Photographie vereinigen sich mit glänzender  
Darstellung zu einer ungeahnten Wirkung. 1620

Der grandiose Universal-Epochenfilm Robin-  
son Crusoe im Bio Louvre, das Tagesgespräch  
von Prag. 1620

## Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Natur-  
freunde“, Prag II. 6. Mai: San-  
tagwanderung: Dole-Johann-  
tal. Abfahrt 7 Uhr mit dem Damp-  
fer vom Palackai. Führer: Karl  
Schmidt. — 5. Mai: Samstag.  
Zusammenkunft im Café „Nizza“. 1624

## Turnen und Sport.

Wettspiele in Prag, Samstag: Badler Wien  
gegen Union Zilow, Prábovice gegen Vittoria Rusle,  
Loben gegen Polizei-Elf. — Sonntag vormit-  
tags: Badler Wien gegen Vittoria Zilow, Sladov  
Zilow gegen Sparta lomb. — Sonntag nach-  
mittags: Länderkampf Dänemark gegen Tscheko-  
slowakei.

Radsport. Einen neuen Stundenwelt-  
rekord stellte Sonntag, wie die „Pr. Pr.“ meldet,  
Weiß auf der Dresdener Radrennbahn auf, indem  
er hinter Motorführung 75.200 Meter zurücklegte.  
Die genannten Resultate des Meetings lauten: Gro-  
ßer Sachsen-Preis für Rieger: 1. Borlauf (1000  
Meter): 1. Henry Mayer 1:44; 2. Sühmlich Reif-  
stärke; 3. Herzlich Handbreite; 4. Rütt Handbreite  
zurück. 2. Borlauf (1000 Meter): 1. Stabe 2:08.4;  
2. Schrage 1/2-Länge; 3. Peter Handbreite zurück.  
Hoffnungslauf (1000 Meter): 1. Baderbusch 1:49.3;  
2. Rütt 2 Längen; 3. Schürmann 1/2-Länge zurück.  
Endlauf (1000 Meter): 1. Stabe 1:39.3; 2. Schrage  
1 Länge; 3. Sühmlich 1 1/2 Länge zurück; 4. Bader-  
busch; 5. Henry Mayer (gestürzt). — Dauerfahren  
mit Motorschrittmachern über 25 Kilometern: 1. Le-  
wanow 20:37.4; 2. Weiß 450 Meter; 3. Wittig 1200  
Meter; 4. Stellbrink 2350 Meter; 5. Sawall 3550  
Meter zurück. — Rubela-Erinnerungsfahren: Punkte-  
fahren über 5 Kilometer: 1. Schrage 20 Punkte;  
7:03.2; 2. Stabe 24 Punkte; 3. Rütt 24 Punkte (bei  
Stabe, begn. Rütt entschied der bessere Platz in der  
Schlußrunde); 4. Schürmann 20 Punkte; 5. Kirban  
14 Punkte. — Dauerfahren mit Motorschrittmachern  
über eine Stunde: 1. Weiß 75.200 Km.; 2. Sawall  
75.140 Km.; 3. Wittig 74.900 Km.; 4. Lewanow  
68 Km.; 5. Stellbrink 62.300 Km.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: C. Solih.

Die Durchdringung  
der Welt mit Oetker's  
Backpulver Backin

auf den hellen Kopf  
zurückzuführen. — Er  
verlangt überall das Beste

Man schreibe um gratis  
Rezeptbuch T an:  
Dr. Oetker's Backpulverwerke  
Referat Nr. 136 Brunn

1574

## Bio-Programm

vom 27. April bis 3. Mai.

Lido DerschwarzeDiamant

Spannender Roman in 10 Tollen. 1544

Religion Programm: Der welsch Nathan.

### Schönes Zimmer

mit vorzüglicher Verpfle-  
gung für 2 Damen oder  
jung. Ehepaar, Weinberge  
vis a vis Riegerpark zu  
vermieten. Anfragen unt.  
„Brimifima“ an die Verw.  
dieses Blattes. 1623

### Stadt- und Dorf- gemeinde fordern

die Beantwortung einer  
Anfrage von Verwal-  
tungsfragen. Nachs Za-  
schendach für Kommunal-  
polizei bietet sich Ihnen  
auf diesem Gebiete als  
Führer an. Bestellen Sie  
noch heute durch Postkarte  
bei der

Buchhandlung Freiheit  
Kopli-Schman,  
Tereziengasse 18.

### Die Buchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhal-  
tiges Lager jeder Art  
Literatur.

Alle nicht lagernden  
oder wo immer ange-  
kündigten Bücher und  
Zeitschriften werden  
rasch geliefert.

### Gegen die modernen Götzen

Schreibt Heinrich Mann in  
seinen Romanen Der Unter-  
tan, Professor Unrat, Die  
Kremlin. Jeder Band gebun-  
den 32 Kronen. Zu beziehen  
durch die

Buchhandlung Freiheit  
Kopli-Schman,  
Tereziengasse 18.

### Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

## Dänische Butter

wird in Dänemark am wenigsten  
gekauft, da dort dieselbe ausge-  
führt wird. An Stelle von Butter  
wird dort sehr viel Margarine  
verbraucht. Die neueste Statistik  
berichtet von einem Jahresver-  
brauch von 15 kg pro Kopf. In  
der Tschekoslowakei dagegen  
ist der Verbrauch an Margarine  
nur 1 kg pro Kopf, obwohl es  
hier die ausgezeichnete

# VITELLO

DELIKATESSE-MARGARINE gibt,  
ein Zeichen, daß hier noch ein  
großes ungenutztes Vorurteil  
gegen Margarine herrscht. —

# Lama

Kautschukabsätze  
und Kautschuksohlen

Schon die Nerven,  
schützen die Füße,  
helfen sparen!